



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Fall der Noth auch in Activität setzen. Ich ließ daher alle Mannspersonen vor die Pfarrwohnung kommen und überzeugte sie von der Nothwendigkeit dieser Maßregel. Und das war gut, denn gleich den Freitag Vormittag erschienen 20 Mann Bauernkosaen, forderten 30 Viertel Fourage und fielen zugleich in die Häuser und wollten plündern, allein es wurde sogleich gestürmt und alle Mannspersonen versammelten sich mit tüchtigen Prügeln vor der Pfarrwohnung und andere zwanzig kamen von Gierstädt. Dieses verschaffte der Sauvegarde Respect, sie begehrten daher nur noch 20 Viertel Hafer und weiter nichts; diese mußten ihnen aber nach Biersstädt von hiesigen Pferden nachgefahren werden, von da haben sie solche mit nach Eisenach genommen. Dort haben die Eigenthümer Karren und Pferde verlassen und kamen leer zurück. Vorher aber hatten die Russen auch schon mehr Pferde mitgenommen.

Von da aus wurde es ziemlich ruhig, nur ich mußte die Sauvegarde noch drei Wochen im Quartier behalten, weil ihn kein Mensch haben wollte, da er ein sehr zorniger Kerl war. Er hieß Münzer und stammte, wie er selbst zu beweisen suchte, von dem berühmten Münzer im Bauernkriege des 16. Seculi ab.

Endlich kam wieder preussische Infanterie und von jetzt wurde Ordnung gehalten. Doch mußten wir immer noch liefern. —

Dies ist hier für unsere Nachkommen im Dorfe Kleinfahner aufgezeichnet zum Gedächtniß an die schwere Zeit. Jeder Christenmensch aber bete, daß der liebe Frieden uns und unsern Kindern erhalten bleibe. Denn der Krieg frisst, wie ein grimmiger Löwe das Gut des Landmanns weg.

Aus Schwaben.

Während in unserm Nachbarland zur Rechten noch die Donner nachgrollen, mit welchen sich das Gewitter über den fahrenden Sänger der Zukunft entladen hat, und die Vorgänge am Hof Veranlassung zu einer lebhaften politischen Bewegung geworden sind, liegt auch für die schwäbische Correspondenz die Versuchung nahe, ihren Bericht mit eigenthümlichen Residenzverhältnissen zu beginnen. Denn ein neuer Hof macht immer von sich reden, und der unsrige ist ja noch um ein paar Monate jünger als der bayrische. Nur tritt sofort der Einwand entgegen, daß, was von hier zu berichten wäre, an Inter-

esse sich lange nicht mit den nachbarlichen Vorgängen messen läßt, und insbesondere, daß ihm nicht die mindeste politische Seite abzugewinnen ist. Vor allem fehlt hier jener Reiz des Romantischen, der dort den jugendlichen Fürsten umgiebt, der ungebrochenen kühnen Idealität, die sich über das Herkömmliche hinwegsetzt, von entgegengesetzten Seiten ein größeres Maß von Hoffnungen und Befürchtungen hervorrufft und damit von selbst ein gesteigertes Interesse in der Bevölkerung, eine wirkliche Parteinahme erweckt. Alles bewegt sich bei uns ungleich gemessener, nüchterner, in engeren, dem Herkommen möglichst angepaßten Verhältnissen. Unbekannt ist bei uns jene ideale Energie, die dort auf dem Gebiet der Kunst kleine Erfolge hervorzaubert, und auch wenn man ein geschwornener Feind der Zukunftsmusik ist, so ist doch verzeihlich der Reiz, mit welchem wir z. B. die Kunde von der Pflege des höheren Dramas zu Isar-Athen vernehmen. Der Thalkessel des Resenbach ist nie eine günstige Stätte für die Musen gewesen, ein eigener Unstern hat sie hier immer verfolgt, und grade bei vereinzelt Anläufen zum Besseren hat sich dies jederzeit bewährt. Es scheint in unsern Hofkreisen das Bedürfnis wohl gefühlt und guter Wille vorhanden zu sein, eingerissenen Mißständen und Vernachlässigungen abzuhelpen, wie denn überhaupt der gute Wille des Königs von keiner Seite in Zweifel gezogen wird. Aber daß wirklich Eingreifendes geschehe, verhindert theils der Mangel an nachhaltigem eigenem Interesse, theils, wie es scheint, die Unzulänglichkeit der Rathgeber. Und weil nun so nichts Bedeutendes, auch innerhalb der Grenzen, die dem kleinen Staate gesteckt sind, geschieht, heftet sich Spott oder Abneigung an das Kleinliche, welches wirklich zu Tage tritt, an die Mißgriffe, die vielleicht unbeachtet blieben, wenn sie durch größere Bestrebungen aufgewogen würden. Manches in dieser Richtung hat bekanntlich eine unwillkommene weite Verbreitung gefunden und die Witzblätter aller Orten herausgefordert. Leicht ließe sich eine artige Blumenlese zusammenstellen, wenn nicht grade die Kleinlichkeit der Vorgänge es verböte und zugleich die Galanterie gewisse Pflichten auch dem Publicisten vorschriebe. Aber erklärlich ist es unter solchen Verhältnissen, wie das Tagesgespräch und die Gama geschäftig dieser Stoffe sich bemächtigt und von ihnen zehrt. Wo größeren Interessen nur dürstige Nahrung gegeben ist, macht sich die Medisance breit, und üppig blüht wieder wie in früheren Zeiten jene Gesinnung auf, die nach vorn die tiefsten Bücklinge macht und sich hinterher durch eine heimliche böshafte Kritik entschädigt, Dankadressen votirt und Kränze windet, und nachher die herablassenden Worte, durch die man sich beglückt gefühlt hatte, vielleicht gar als Gegenstand des Spottes weiter trägt, eine Gesinnung, die der Sache der Monarchie schwerlich zuträglich ist, aber vor allem nachtheilig auf den Volksgeist selbst zurückwirkt.

Ein solcher Zustand ist nun freilich nur möglich bei der Apathie gegen die

nationalen Angelegenheiten, die sich der Bevölkerung bemächtigt hat. Es ist der natürliche Rückschlag der hochtönenden Phrasen, die vor zwei Jahren im Schwunge waren, die natürliche Folge des Gangs der Ereignisse, der dieser Phrasen gespottet hat. Damals wäre jedermann aufgebraust bei dem Gedanken, daß die württembergische Regierung sich von der augustinburgischen Sache und der sogenannten Bundestagsmehrheit trennen und ins Lager der verhassten Großmächte überlaufen könne. Jetzt ist diese Mehrheit längst zur Minderheit geworden, die Minderheit selbst hat förmlich abdicirt, und Herr v. Barnbüler durch seine Abstimmung vom 18. November seinen lange vorbereiteten Uebergang zu den Großmächten vollzogen, — und kaum hat jemand Notiz davon genommen. Man ist froh, daß man der preussischen Machtsphäre noch weit entrückt ist, und läßt im Uebrigen die Dinge gehen wie sie gehen. Vielfach ist dabei freilich das Aufdämmern einer richtigen Einsicht in die Macht der kleineren Staaten wirksam, und Hr. von Barnbüler hat diese Saite immer mit berechneter Bescheidenheit glücklich anzuschlagen gewußt. Aber die fatalistische Ergebung in das Unvermeidliche ist dabei doch stärker als gewonnene Ueberzeugung im Sinn der wirklichen nationalen Interessen. Der vielbesprochene Artikel der Allgemeinen Zeitung: Rasche oder schleichende Annexion der Herzogthümer, hat wirklich einer in Süddeutschland sehr verbreiteten — Stimmung muß man eher sagen, als Ueberzeugung, Ausdruck gegeben. Indem er die Annexion nicht als ein wünschenswerthes, aber unvermeidliches Ziel darstellte, indem er offenbar aus einer Stimmung heraus geschrieben war, welche die unangenehm gewordene Sache endlich einmal abschütteln möchte, war er für Süddeutschland ein fast in ähnlicher Weise befreiendes Ereigniß, wie Treitschkes erstes Hervortreten für die liberale Partei im übrigen Deutschland war: er hatte offen ausgesprochen, was Viele gedacht, aber flugerweise bei sich gehalten hatten, bis es unter der schützenden Regide des augsburger Blatts sich hervorwagen konnte.

Ganz ungestraft sollte indessen unsere Regierung mit ihrer Fahnenflucht am Bundestag doch nicht davonkommen, und zwar waren es die verlassenen Bundesgenossen selbst, welche ihr eine jener kleinen Schlappen beibrachten, wie sie das besondere Vergnügen und der Triumph der Erfindungskraft des Herrn v. Beust sind. Es war eine ziemliche Verlegenheit für Hrn. v. Barnbüler, als er, nichts ahnend, eines Tages plötzlich aus dem Zeitungsblatt erfuhr, daß Bayern und Sachsen das Königreich Italien anerkannt hätten. Nicht bloß dem wiener Cabinet galt dieser kleine Streich der Rache, sondern auch der treulos gewordene Bundesgenosse zu Stuttgart sollte überrascht werden, und wirklich war für Hrn. v. Barnbüler das Gefühl, in dieser Frage isolirt zu sein, um so empfindlicher, als er früher einmal in der Kammer mit Nachdruck geäußert hatte, niemals werde er eine Macht anerkennen, welche die Hand verlangend

nach Venetien und Wälschtirol ausstrecke. Ob er nun inzwischen von Seiten des florentiner Cabinets in dieser Beziehung beruhigende Zusicherungen erhalten hat, muß dahingestellt bleiben. Gewiß ist, daß er auch diesmal mit Grazie sich ins Unvermeidliche geschickt hat. War die aufregende Kühnheit, mit der Bayern und Sachsen vorgegangen waren, nicht nach seinem Geschmack, so wollte man doch die wenig beneidenswerthe Rolle, die von der Wiederherstellung des Zollvereins noch unvergessen war, nicht zum zweiten Male spielen. Man drängte sich nicht vor, man gefiel sich aber auch nicht in einer aussichtslosen Hartnäckigkeit wie Hannover: still und geräuschlos that man, was man nicht lassen konnte.

Solche Erfolge der auswärtigen Politik sind immerhin zweifelhafter Natur; es giebt innere Erfolge, auf welche Herr v. Barnbüler um so stolzer sein darf. Man erzählte, er habe sich das besondere Vertrauen des Königs vor allem dadurch erworben, daß er diesen darauf hinwies, wie zahm das einst gefürchtete Organ der Demokratie, der Beobachter, seit seiner Amtsführung geworden sei. Nun repräsentirt dieses Blatt freilich nur einen Theil und nicht den größeren Theil unserer Demokratie, aber mit der Zähmung hat es allerdings seine Richtigkeit, wenn es auch nicht erst Herr v. Barnbüler ist, der die Brauchbarkeit der föderalistischen Theorien für die dynastischen Zwecke entdeckt hat. Diese Föderalisten haben sich freilich auf der äußersten Linken postirt, ihre Ideale liegen in der Schweiz und jenseit des Oceans, aber nur um so werthvoller wird dadurch ihre Bundesgenossenschaft. Denn wenn sie auch in ihren Doctrinen den kühnsten Abstractionen sich überlassen, so ist das überaus ungefährlich; dagegen ist es sehr nützlich, daß sie durch ihre nunmehr ganz ungescheute Polemik gegen die nationale Einheit der Sache des Detailfürstenthums einen populären Nimbus verleihen. Was sie in Sachen der Theorie leisten, ist durchaus harmlos. Selbst die verblühte Drohung mit der Revolution, die sich zuweilen hervorwagt, ist ungefährlich; unverblümt hat ja doch das k. k. Einladungsschreiben zum Fürstentag die Revolution an die Wand gemalt; und warum z. B. an den mit beneidenswerther Ausdauer endlos ausgesponnenen Artikeln über die schweizerische Heeresverfassung, welche die stehenden Lückenbüsser sind, den mindesten Anstoß nehmen! Was sie dagegen wirklich leisten, konnte nicht willkommener sein, die emsige Schürung des Preußenhasses, die systematische Bekämpfung der Einheitstendenz, die Polemik gegen die politische Centralisation, welcher sie in nicht mehr ungewöhnlicher, sei es bewußter oder unbewußter Weise, das Schreckbild der administrativen Centralisation unterschieben, oder endlich die poetische Verherrlichung der gemüthlichen Existenz eines Kleinstaats mit seiner Kernbevölkerung, seinen traulichen Ortschaften, rauschenden Wäldern und der niedlichen Verfassung.

Den Werth einer solchen Partei weiß ein unbefangener Staatsmann wie

Herr v. Barnbüler natürlich zu schätzen. Unbezahlbar ist die Ausdauer, mit der sie einen Kantönligeist zu pflanzen, den Sinn des Volks in einen kleinen Gesichtskreis festzubannen sucht, und was damals niemand begreifen konnte, als sie vom Verlangen nach einer That beseelt im Frühjahr 1864 mitten von der Schleswig-Holstein-Bewegung hinweg sich als eigene Partei zu constituiren versuchte, erwies sich als eine nicht übel angelegte Berechnung. Sie that was an ihr war, den Patriotismus zu localisiren, den Sinn für die großen Momente in der Herzogthümerfrage zu ersticken und was als eine nationale Angelegenheit im höchsten Sinne und vor allem als eine Machtfrage des Vaterlands zu werthen war, herabzudrücken zu einem Handel, bei dem die Behauptung der provinziellen Autonomie, der Widerstand gegen die Einheit die Hauptsache war.

Daß eine solche Richtung auch auswärts einige wenigstens verwandte Elemente fand, daß sie bei der gegenwärtigen Regierung in Preußen selbst dort eines vereinzeltten Beifalls sich erfreuen durfte, ist erklärlich. Aber ein Anderes war es nun, diese Elemente zu einer Partei zusammenzuschließen, so daß sie mit einigem Anspruch, in öffentlichen Dingen gehört zu werden, auftreten konnte. Eine Partei ist nicht denkbar ohne gemeinsame positive Zielpunkte. Was aber die Föderativedemokraten in und außerhalb Schwaben zusammenhielt, war nur ein Negatives, der Haß gegen Preußen, außerdem unklare phantastische Ideale. Darauf eine Partei zu gründen, war ein schwieriges Unternehmen, das noch nicht hat gelingen wollen. Seit zwei Jahren ist es „die Organisation der Partei“, welche die Kosten unzähliger Leitartikel und verschiedener Versammlungen trägt, immer wieder nichts als die „Organisation der Partei“, ein Beweis, daß es eben mit dieser Organisation nicht vorwärts will. Bewundernswerth ist die Kunst der Reclame, unermüdlich der zudringliche Eifer, die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, und so lange schon reden sie dem Publikum vor, daß sie eine Partei seien, daß man es ja endlich herzlich gern glauben möchte, wenn es nur wahr wäre.

Mit Heiterkeit hat man bei uns die Nachricht vernommen, daß die Versammlung der Volkspartei zu Bamberg ihren Vorort von Nürnberg nach Stuttgart verlegt habe. Man weiß, daß bis jetzt jeder Versuch scheiterte, die neue Partei unter den Hut eines Programms zu bringen. In Darmstadt war das Triasprogramm der Stuttgarter durchgefallen, und es schrieb sich daher eine gewisse Spannung zwischen Herrn Eckardt, dem Redacteur des deutschen Wochenblatts, und den Herren vom Beobachter. Letztere waren überhaupt verstimmt. In Bamberg glänzten sie sogar durch ihre Abwesenheit; Eckardt machte hier den Versuch mit einem neuen Programm, das auf die Föderativrepublik lautete, aber auch dieses fiel durch, indem, wie glaubhaft verlautet, nur drei Stimmen für dasselbe sich erhoben. Unterdessen scheint Herr Grämer von Doos des

Spiels müde geworden zu sein, er näherte sich infolge der bairischen Vorgänge wieder seinen Freunden von der Fortschrittspartei, vielleicht mochte ihm auch bei den Wirkungen seiner Ausfälle gegen „diese Norddeutschen“ nicht recht geheuer sein. Unter diesen Umständen blieb wohl nichts übrig, als die Schmollenden zu versöhnen und die Würde des Vororts einzupacken und via Nördlingen und Bopfingen nach dem Nesenbach zu verschicken, wo der Eifer des Beobachters wenigstens unvermindert ist und doch am ehesten zu vermuthen war, daß mindestens ein lokaler Anhang der Partei gesichert sei.

Letzteres trifft nun freilich nicht in dem Maße zu, wie wohl auswärtig angenommen wird und nach den Trompetenstößen der theilgenommenen Presse anzunehmen wäre. Mit großer Wichtigkeit ist auch innerhalb unsres Landes fortwährend von der „Organisation der Partei“ die Rede, ohne daß es recht mit ihr flecken will. Die anerkannten Führer der Demokratie halten sich, wenige ausgenommen, grundsätzlich fern und ziehen sich endlich, gedrängt durch das Vorgehen der Gegner, eine abgegrenzte Fortschrittspartei heran. In der Hauptstadt haben die Gemeindevahlen der jüngsten Zeit über das numerische Verhältniß der Volkspartei jedermann die Augen öffnen können, und auf dem Lande, wo der Einfluß des Beobachters allerdings größer ist, schon weil seine Doctrinen dem Volk gänzlich unverständlich sind, hat es mit der Organisation gute Wege. Macht zu schaden hat die Volkspartei freilich. Man sah es bei zwei Abgeordnetenwahlen, die im December vorzunehmen waren. Jeder liberale Candidat, der nicht auf das föderalistische Programm des Beobachters schwört, hat künftig nicht bloß die conservative Regierungspartei gegen sich, sondern wird auch vom Beobachter dem Landvolk als ein heimlicher Anhänger Bismarcks denunciirt und unbarmherzig auf die preussische Spitze gespießt, wie dies eben bei jenen Wahlen einer der ersten volkswirtschaftlichen Capacitäten des Landes, Gustav Müller, passirte, der freilich den schlimmen Makel auf sich sitzen hatte, zu einer Zeit für den französischen Handelsvertrag offen eingetreten zu sein, als Moritz Mohl noch eine Autorität war. Für die Kammer ist die Nichtwahl Müllers ein entschiedener Verlust, und so wird wohl in Zukunft überhaupt die Wahl tüchtiger Persönlichkeiten einen doppelt schweren Stand haben. Auch von dieser Seite her hat die Regierung alle Ursache, mit Wohlgefallen auf die neue Partei zu blicken.

Für diejenigen bei uns allerdings noch weit verbreiteten Kreise aus der alten Schule, welchen die nationalen Fragen durchaus hinter den Fragen des Liberalismus zurücktreten, ist dieser Stand der Sache natürlich ein steter Gegenstand der Klage, und von Zeit zu Zeit vernimmt man noch elegische Stimmen über den traurigen Zwiespalt in der demokratischen Partei, zumal da man ihn vielfach nur auf persönliche Motive und Antipathien zurückführt. Allein so unlängbar wirklich persönliche Motive einen Antheil an der Trennung haben, war

sie doch zugleich eine politische Nothwendigkeit. Jene selbst hätten sich nicht so verschärfen können, wenn nicht ein tieferer politischer Gegensatz zu Grund läge zwischen einer Richtung, welche wesentlich die Einheit will, und einer solchen, die vor allem an einer doctrinären Form festhält, welche noch überdies das Gegentheil der Einheit ist. Es stände ohne Zweifel um unsere Fortschrittspartei besser, wenn sie die Weite dieses Gegensatzes früher erkannt und energischer darnach gehandelt hätte.

In der neuesten Zeit nun hat die Volkspartei abermals einen ihrer energischen Anläufe zur „Organisation der Partei“ genommen und in einer geheimen Volksversammlung am 6. Januar „ernst und gehoben“ Resolutionen für die Ausbreitung von Volksvereinen im Lande gefaßt. Es geschah dies, wie verlautet, in Ausführung eines Beschlusses der bamberger Versammlung und ist im Uebrigen eine Reminiscenz aus dem Jahr 1848. Aber eben diese Naivetät, ein Agitationsmittel, das sich in Zeiten der Bewegung ganz von selbst macht, künstlich ins Werk zu setzen, beweist den doctrinären Charakter dieser Bewegung und ihre Unfähigkeit, etwas Ernsthaftes zu treiben. Fragt man nach dem Zweck dieser Parteiorganisation, so ist kein anderer erfindlich als eben der, daß die Partei organisiert werde. Die ganze Wichtigthuerei ist rein Selbstzweck. Als auf dieser stuttgarter Versammlung ein Mann vom Lande, der noch so harmlos war, Ernsthaftes hinter der Sache vorauszusetzen, vorschlug, die Volkspartei möge sich die Verbreitung populärer Schriften angelegen sein lassen, erwiderte einer der Leiter: Ganz gut, und als erste solcher Volkschriften würde ich empfehlen eine Schrift — über die Bildung von Volksvereinen! Sonst ist nur noch zu erwähnen, daß die verlegene Waare des Triasprojects, die sonst immer mit dabei sein mußte, aus dem allerneuesten Programm dieser stuttgarter Volkspartei endlich beseitigt worden ist und damit seine letzte Burg verloren hat.

Noch habe ich von einer kleinen nichtpolitischen Agitation zu berichten, die mit dem neuen Jahr sich bei uns eingestellt hat; schon um deswillen, weil sie das erste Anzeichen ist, daß die kirchliche Frage auch in Schwaben Einlaß begehrt. Am 3. Januar tagte in Stuttgart eine Versammlung von Geistlichen und Laien, welche die Einführung einer Synodalverfassung besprach und Resolutionen in diesem Sinne faßte. Die Vortrefflichkeit unsrer Kirchenverfassung ist es keineswegs, was die bisherige Abwesenheit jeder kirchlichen Bewegung erklärt. Im Gegentheil, wir haben ein Consistorialregiment, das als Muster der unnatürlichen Verbindung von Kirche und Staat gelten kann: unsere Landeskirche ist eine ganz gewöhnliche Staatsanstalt, die wie andere Zweige des öffentlichen Dienstes von königlichen Dienern besorgt wird. Dieses Regiment hat sich aber so sehr bei uns eingelebt, seine Wirkung auf die Erödung des kirchlichen Gemeindelebens ist so vollständig gewesen, daß es als etwas ganz Natürliches, Selbstverständliches hingenommen wurde, und noch jetzt die auf

Beseitigung desselben gehenden Bestrebungen vereinzelt und nicht eigentlich populär sind. Der Druck desselben ist auch für die Geistlichen selbst empfindlicher als für den einzelnen Laien. Dort ist allerdings eine geisttödtende Uniformität erzielt worden, die mit der wissenschaftlichen Bewegung, welche eine Zeit lang von der tübinger Hochschule ausging, im schneidendsten Gegensatz steht. Es verstand sich ganz von selbst, daß die jungen Leute, wenn sie vier Jahre lang Hegel, Strauß und Baur studirt hatten, mit dem Amtсроck auch einen neuen Geist anzogen; mochte jeder sehen, wie er damit fertig wurde. Dagegen war andrerseits die Kirchenleitung human und weitherzig genug, die Laien in keiner Weise zu incommodiren, und eben daher kommt es, daß diese so wenig Interesse an der Aenderung eines Systems zeigen, das sie nicht genirt, ja das sie vielleicht nur straffer angezogen zu sehen fürchten, wenn es der Selbstleitung der Kirche anheimfiele. Daß die Dinge so liegen, muß man wohl beklagen. Bei dem Einfluß, den die Kirche unläugbar auf große Bevölkerungsmassen ausübt, kann es niemand gleichgültig sein, wie sie regiert wird. Eine auf Wahlen der Gemeinden beruhende Vertretung der Kirche würde in jedem Fall ein Verhältniß der bürgerlichen und der kirchlichen Sphäre einleiten, wie es den richtigen Principien des Staats sowohl als der Kirche entspricht. Officiellen Aeußerungen zufolge sollen wir auch wirklich mit einer Landessynode beschenkt werden; nur würde ohne Zweifel die Institution von Anfang an kräftiger und lebensfähiger ausfallen, wenn sich eine stärkere öffentliche Meinung dafür geltend machte. Dem Cultusminister ist früher einmal die Aeußerung entschlüpft, daß er kein Freund der „experimentirenden“ Kirchenpolitik im badischen Nachbarland sei, und wenn es in seiner Absicht liegt, dem unverändert fortbestehenden Consistorium die Synode als controlirende und beratende Behörde beizugesellen, so dürfte es sich für den Anfang um wenig mehr als um eine Scheinconstitution handeln. Indessen die Hauptsache ist, daß die Kirche überhaupt eigene Organe ihrer Wahl besitze, und daß sie, indem sie in ihren Organen dem Laienthum seine Stelle gewährt, aufhöre eine Geistlichkeitskirche zu sein. Besitzt sie diese Organe, so hat sie an ihnen auch die Mittel, um weitergehende Ziele zu verfolgen. Die Synode wird danach streben ihre Competenz zu erweitern, mindestens Einfluß auf die Besetzung des Consistoriums zu erlangen, sie wird die Abschaffung der Staatsdekanate fordern, und dies sind lauter Schritte auf dem Weg zur Trennung von Kirche und Staat. Es wird ferner nicht ausbleiben, daß, wenn eine öffentliche Tribüne vorhanden ist, die theologischen Richtungen sich individualisiren und schärfer abzeichnen, es werden sich Parteien bilden, die mit gleichem Recht auf einem gemeinsamen Boden sich gegenüberstehen, und die Oeffentlichkeit der Debatte, die Bildung von Parteien kann schließlich der Sache des theologischen und kirchlichen Fortschritts nur förderlich sein. Gedeckt durch die Partei, der ein legitimer Boden gesichert ist, wird auch der Einzelne freier

mit seiner Ueberzeugung hervortreten können. Vielleicht, daß dann auch das Mißtrauen in den Protestantenverein und die verwandten Bestrebungen sich hebt, welche bisher, wesentlich aus den oben schon berührten Gründen, in Schwaben nicht das mindeste Echo gefunden haben.

Zur preussischen Thronrede.

Die Regierung wie die Opposition in Preußen haben in dem letzten Jahre Veranlassung gehabt, zu erkennen, wie verhängnißvoll der innere Conflict auf die auswärtige Politik des Staates zurückwirkte. Es ist ein ernstster Anruf des preussischen Patriotismus, mit welchem die Thronrede schließt, und wohl ziemt der liberalen Presse, darauf zu antworten.

Wenn die Thronrede eine Verständigung über die Heeresorganisation nicht erwartet und doch eine Verständigung über wichtige Gesetzentwürfe und Creditforderungen in Aussicht nimmt, so wünschen auch wir, daß das Abgeordnetenhaus sich durch den ungesühnten Zwist nicht abhalten lasse, die vorgelegten Gesetzentwürfe unbefangener Würdigung zu unterziehen. Aber das gegenwärtige Ministerium weiß auch sehr wohl, daß nicht die Militärfrage allein seine Verständigung mit dem preussischen Volk verhindert. Es ist fast nur Zufall, daß diese Frage als Erisapfel zwischen Volk und Krone geschleudert ward; würde sie heute erledigt, so würde morgen unter dem gegenwärtigen System eine andere, nicht weniger aufregende, ein neues Schisma hervorrufen, die Frage über Militärgerichtsbarkeit, über Zusammensetzung des Herrenhauses, über die ministerielle Methode, administrative Gesetze in Liebe und Haß zu interpretiren, und vieles Andere. Der Kampf geht nicht um eine einzelne Organisation, es ist ein tiefer und unsühnbarer Gegensatz und dieser heißt: hier persönliches Regiment, dort verfassungsmäßige Regierung. Nur ein gründlicher System- und Personenwechsel vermag dem preussischen Staat den innern Frieden zurückzugeben. Wer noch anderes hofft, verkennet die Größe des Conflictes und die Erbitterung der Menschen.

Vorsichtig rührt die Thronrede auch an die schleswig-holsteinische Frage. Die Erfahrungen des letzten Halbjahres sind dazu angethan, dieselbe Vorsicht auch den Abgeordneten zu empfehlen.

Daß der Vertrag von Gastein eine verhängnißvolle Maßregel war, welche widerwärtige Schwierigkeiten dadurch beseitigt hat, daß sie eine Reihe von